

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Zentralstelle gegen organisiertes Verbrechen

Bern (AP) Der Bund will das organisierte Verbrechen wirksamer bekämpfen. Im Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) soll ab 1995 eine neue Zentralstelle für die Koordination der Strafverfahren, der gesammelten Informationen sowie die Kontakte zu den Kantonen und zum Ausland sorgen. Ausserdem sollen zehn Polizeiverbindungsbeamte im Ausland stationiert werden.

Ergänzend zum zweiten Paket gegen die Geldwäscherei legte der Bundesrat am Mittwoch dem Parlament eine entsprechende Botschaft vor. Die Zentralstelle zur Bekämpfung



Unter der Leitung von Bundespräsident Otto Stich erörtere der Bundesrat gestern die Schaffung einer Zentralstelle gegen das organisierte Verbrechen.

fung des organisierten Verbrechens soll mit 21 Etatstellen bestückt werden. Sie ist nach Angaben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes ähnlich konzipiert wie die bewährte Zentralstelle zur Bekämpfung der Drogenkriminalität. Sie wird eng mit dieser zusammenarbeiten, da der Drogenhandel ein bevorzugtes Tätigkeitsfeld des organisierten Verbrechens darstellt.

Für straflose Abtreibung

Bern (AP) Der Schwangerschaftsabbruch soll in der Schweiz nicht mehr bestraft werden. Mit 16 zu drei Stimmen bei drei Enthaltungen hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats eine entsprechende parlamentarische Initiative von Barbara Haering Binder (SP/ZH) gutgeheissen, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. Da das schweizerische Abtreibungsrecht über 50 Jahre alt sei und seither bedeutende gesellschaftliche Veränderungen eingetreten seien, dränge sich eine Revision auf. Auch werde die Kluft zwischen Gesetz und Praxis immer grösser und führe zu Rechtsunsicherheit und Willkür.

Glück- und Segenswünsche zum neuen Jahr für Fürst und Fürstin

Gestern nachmittag fand der traditionelle Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz statt – Über 400 Gäste folgten der Einladung

Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie konnten gestern nachmittag auf Schloss Vaduz die Glück- und Segenswünsche zum neuen Jahr entgegennehmen. Mehr als 400 Gäste waren der Einladung des Fürstenpaares zum traditionellen Neujahrsempfang gefolgt. Der Empfang war auch dieses Jahr ein gesellschaftliches Ereignis, an dem sich viele Gäste – teilweise erstmals wieder seit der letztjährigen Einladung – trafen.

Vor einem Jahr waren viele Gäste mit einer ganz bestimmten Erwartung der Einladung auf Schloss Vaduz gefolgt. Einen Tag vorher hatten sich nämlich Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern verlobt und stellten sich der Öffentlichkeit vor. Dieses Jahr nahmen Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie die Gratulationen allein entgegen, aber die Erinnerung an die Verlobung und die anschliessende Trauung im Sommer wurde bei vielen Gästen wieder wach.

An der Spitze der Gäste wünschten die Abgeordneten des Landtags, die Mitglieder der Regierung (mit Ausnahme von Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, die am Spitalbett ihrer Tochter weilt), die Gerichtspräsidenten und die Vorsteher dem Fürstenpaar alles Gute zum neuen Jahr. Es folgten Vertreter der Geistlichkeit, Chefbeamte sowie Vertreter von Verbänden. Eingeladen waren auch die Mitglieder des Diplomatischen und Konsularischen Korps sowie die Träger der Fürstlichen Orden.

Mehr darüber auf Seite 3.



Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz: Werner Ospelt, FBP-Abgeordneter, wünscht Fürstin Marie alles Gute zum neuen Jahr. Im Hintergrund Fürst Hans-Adam II. vor dem Händedruck mit Dr. Guido Meier und Dr. Norbert Marxer. (Bild: bs)

Berufspraktika: Grosses Angebot deckt Nachfrage nicht

Liechtensteinische Betriebe bieten stellenlosen 93er Lehrabgängern 45 Praktikumsstellen an

(M.) – Auf eine gute Resonanz seitens der liechtensteinischen Betriebe stiess die Mitte November 1993 initiierte Berufspraktika-Aktion zugunsten stellenloser Lehrabgänger 1993. Wie Julius Schädler vom Amt für Berufsbildung gestern auf Anfrage bekannt gab, wurden von den Betrieben immerhin 45 Praktikumsstellen angeboten. Da sich Angebot und Nachfrage jedoch nicht decken, soll die Aktion nun auf weitere Lehrabgangsjahrgänge sowie auch auf Absolventen höherer Fachschulen ausgedehnt werden.

Die fortschreitende Jugendarbeitslosigkeit machte 1993 auch nicht vor unserem Land Halt. Während in wirtschaftlich guten Zeiten viele Lehrbetriebe bestrebt waren, ihre Lehrlinge nach bestandener Lehrabschlussprüfung dem Betrieb als Arbeitskräfte zu erhalten, konnten zuletzt viele Lehrbetriebe keine solche Arbeitsplätze mehr anbieten. So waren denn von den Lehrabsolventen des Vorjahres 20 als stellenlos gemeldet. In der Folge wurde die Aktion «Berufspraktika» zugunsten stellenloser Lehrabgänger 1993 lanciert, um diesen dennoch einen Einstieg in das Berufsleben

zu ermöglichen. Diese Berufspraktika sollen in der Regel 6 Monate dauern und in einem anerkannten Lehrbetrieb durchgeführt werden, so dass auch neue berufliche Fertigkeiten und Kenntnisse im Sinne einer Weiterbildung erlangt werden können.

Grosses Angebot – Geringe Nachfrage

Innert der gesetzten Frist von Mitte Dezember 1993 gingen beim Amt für Berufsbildung, welches diese Aktion begleitet, 45 Meldungen für Praktikumsstellen ein. Gemäss Julius Schädler decken sich allerdings Angebot und Nachfrage nicht. Von den 20 als stellenlos gemeldeten Lehrabgängern 1993 haben mittlerweile 13 eine Stelle gefunden. Den anderen, noch stellenlosen, sieben Lehrabgängern stellt sich indes das Problem, dass ihre Berufe nicht im Praktikumsangebot stehen. Konkret sieht es deshalb so aus, dass derzeit ein Vertrag für ein Berufspraktikum vor dem Abschluss steht und zwei bis drei weitere Verträge noch unterwegs sind.

Aktion ausdehnen

Da die Nachfrage der Lehrabgänger 1993 alleine dem Angebot bei weitem

nicht entspricht, soll die Aktion nun auch noch auf weitere Lehrabgangsjahrgänge sowie auch auf Absolventen höherer Fachschulen ausgedehnt werden. Nachdem sich die Arbeitsgruppe der Regierung dafür ausgesprochen habe, werde das Amt für Berufsbildung der Regierung demnächst einen entsprechenden Antrag unterbreiten, stellte Julius Schädler gestern in Aussicht.

Zu 80 Prozent vom Staat finanziert

Die Finanzierung der Aktion erfolgt zu 80 Prozent aus dem staatlichen Wirtschaftsförderungsfonds. Der Praktikumsbetrieb entlohnt die Praktikantin oder den Praktikanten unter Abzug der Sozialbeiträge und der Lohnsteuer. Der Bruttolohn entspricht in seiner Höhe dem ALV-Taggeld und wird vom Amt für Volkswirtschaft festgelegt. Dem Praktikumsbetrieb werden 80 Prozent des Bruttolohns aus dem Wirtschaftsförderungsfonds ersetzt.

Grundidee der Aktion ist es, den jungen Leuten eine qualifizierte Beschäftigung zu ermöglichen, da es nichts Frustrierenderes gibt, als wenn junge Leute ihren gelernten Beruf nicht ausüben können und keine Arbeit finden.

Schweiz: Mehr als 10 000 Konkurse

St. Gallen (AP) Erstmals haben im vergangenen Jahr in der Schweiz mehr als 10 000 Firmen und Einzelpersonen Konkurs angemeldet. Wie der Schweizerische Verband Creditreform (SVC) am Mittwoch bekanntgab, nahm die Zahl der Firmenkonkurse um fast 16 Prozent zu, die Zahl aller Konkurse um fast zehn Prozent. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr gemäss der Statistik der Wirtschaftsauskunft 10 513 Konkursverfahren eröffnet. 6014 betrafen Firmen, der Rest Private. 5006 Konkursöffnungen waren im ersten Semester 1993 zu verzeichnen, 5507 im zweiten Semester.

Die Zahl der Firmenpleiten nahm im Vergleich zum Vorjahr um 15,8 Prozent zu; 1992 hatte die Zunahme gegenüber 1991 noch rund 50 Prozent betragen. Die Creditreform hat in ihrer Zusammenstellung die im Schweizerischen Handelsamtsblatt publizierten Konkurse nach Branchen aufgeschlüsselt und die beiden Semester 1993 miteinander verglichen. Rund ein Drittel der Firmenkonkurse im vergangenen Jahr betrafen gemäss den Angaben die Baubranche, ein weiteres Drittel die Dienstleistungsbranche. Mit einem Anteil von fast 20 Prozent folgt der Detailhandel.

Schärferes Vorgehen gegen die Geldwäscherei

Bundesrat schlägt neues Gesetz vor – Einlässliche Abklärungen und Meldepflicht gefordert

Bern (AP) Die Geldwäscherei im Finanzsektor soll weiter erschwert werden. Der Bundesrat schlägt ein neues Bundesgesetz vor, das die Financiers zu eingehenden Abklärungen von Kunden und Transaktionen zwingt und bei verdächtigen Vorgängen eine Meldung an eine Aufsichtsbehörde vorschreibt. Bei Verstössen droht Gefängnis oder Busse.

Der Bundesrat schickte am Mittwoch das Geldwäschereigesetz bis Ende April in die Vernehmlassung. Als Grundlage dient ein Entwurf mit Erläuterungen, der von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe unter Leitung der Eidgenössischen Finanzverwaltung erarbeitet worden war. Der Entwurf beschränkt sich nach Angaben des Eidgenössischen

Finanzdepartementes (EFD) auf die Regelung des Wesentlichen. Dem Gesetz unterstellt werden sollen nicht nur Banken, Fondsleitungen, Versicherungen und die PTT, sondern auch Treuhänder und -Anwälte und andere Personen, die beruflich mit Finanzierungs- und Kreditgeschäften befasst sind. Sie haben die Pflicht, Kunden aufgrund eines beweiskräftigen Dokumentes zu identifizieren. Bei Bargeschäften gilt die Identifizierungspflicht ab Transaktionen von 25 000 Franken.

Identifiziert werden muss namentlich auch ein Vertreter einer Vertragspartei, die »wirtschaftlich berechtigte Person. Wenn die Art einer Transaktion nahelegt, dass sie mit Geldwäscherei in Zu-

sammenhang stehen könnte, müssen die wirtschaftlichen Hintergründe und der Zweck der Transaktionen abgeklärt werden.

Wenn ein Financier weiss oder den begründeten Verdacht hat, dass Geldwäscherei betrieben wird, muss er der Aufsichtsbehörde unverzüglich Meldung erstatten. Die Kontrollstelle wird beim Bundesamt für Polizeiwesen oder bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingerichtet. Der Bundesrat will die Frage der Zuständigkeit nach Abschluss der Vernehmlassung definitiv entscheiden. Diese Kontrollstelle soll die Einhaltung der Vorschriften durch den staatlich nicht beaufsichtigten Teil des Finanzsektors stichprobenweise prüfen.

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
Schweizerische Uhren
Schneide 24
Hauptstrasse 10

USM HALLER

Die Zukunft planen ohne sie zu verbauen